



Haushalt 2027: Investieren, reformieren, konsolidieren

Die Ausgaben, die die Regierungskoalition plant, die Einsparungen, die sie vornimmt – all das muss der Bundestag genehmigen. Der Haushalt 2027, der unter Einbeziehung aller Sondervermögen Ausgaben in Höhe von 640 Milliarden Euro vorsieht, wurde diese Woche deshalb im Bundestag erstmals diskutiert. Dies entspricht einer Steigerung von etwas mehr als fünf Prozent gegenüber 2026. Auch die Nettokreditaufnahme steigt um etwa 22 Milliarden auf 204 Milliarden Euro. Fest steht aber: Um einzelne Haushaltsposten werden die Abgeordneten bis zur Verabschiedung im November noch ringen.

Um Deutschland fit für die Zukunft zu machen, folgt der Haushalt dem Dreiklang von Investitionen, Strukturreformen und Konsolidierung. Investitionen fließen vor allem in die Sanierung der veralteten Infrastruktur wie Straßen, Schienen und Brücken. Eine funktionierende Infrastruktur kommt den Bürgern zugute und ist die Voraussetzung dafür, dass die Wirtschaft floriert.

Einsparungen dienen dazu, die Schuldenlast zu senken und damit die Zinsausgaben zu reduzieren. Jedes Ressort soll seine Ausgaben im nächsten Jahr ein Prozent verringern. In künftigen Jahren soll der Prozentsatz steigen. Die Konsolidierung des Haushalts kommt künftigen Generationen zugute. Denn alle Schulden, die wir ihnen hinterlassen, engen ihre Gestaltungsspielräume ein. Besonders viel Geld fließt notwendigerweise in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Dafür stehen im Jahr 2027 neben Mitteln aus dem regulären Haushalt in Höhe von 50 Milliarden Euro auch Mittel des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaschutz im Volumen von 45 Milliarden Euro und aus dem Klima- und Transformationsfonds in Höhe von 23 Milliarden Euro zur Verfügung.

Angesichts zunehmender Bedrohungen durch Krisen und Kriege investiert der Bund besonders in die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Im Haushalt 2027 sind dafür knapp 110 Milliarden Euro angesetzt, sowie 30 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr, ein Plus von 29 Prozent. Die NATO-Quote soll gegenüber dem Jahr 2026 ansteigen und ab dem Jahr 2029 die Zielquote von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichen.

Auf Dauer kann der Staat nur das ausgeben, was er erwirtschaftet. Derzeit aber leben wir über unsere Verhältnisse. Mit den Ausgaben von 640 Milliarden Euro und neuen Krediten von 204 Milliarden Euro kommen wir auf eine Kreditfinanzierungsquote von fast einem Drittel. Das hat unangenehme Folgen: Schon im nächsten Jahr werden Zinsausgaben von 42 Milliarden Euro erwartet. Bis 2030 könnten sie sich auf mehr als 80 Milliarden Euro verdoppeln. Alle Ressorts haben deshalb durch die Bank Einsparungen in Höhe von einem Prozent ausgewiesen. Weitere Einsparungen von knapp 3 Milliarden Euro gibt es bei den Finanzhilfen. Durch Digitalisierung, Bürokratieabbau und Effizienzgewinne sollen weitere Ausgaben entfallen. Auch die Strukturreformen bei den Sozialversicherungen sollen Einsparungen erbringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



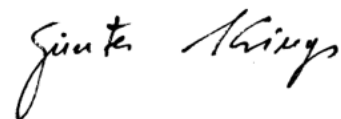
in Sachsen-Anhalt hat die CDU am Sonntag eine katastrophale Wahlniederlage erlitten. Es ist klar, dass aus einem 17%-Ergebnis keinerlei Auftrag zu einer Regierungsbildung abgeleitet werden kann. Und natürlich ist dieses Ergebnis maßgeblich von der Bundespolitik geprägt.

Viele Menschen sorgen sich um die Zukunft, um ihren Arbeitsplatz und um ihre soziale Absicherung. Wir müssen diese Sorgen ernst nehmen und sie bei unserer Arbeit noch stärker in den Mittelpunkt stellen.

Die eingeleiteten Reformen der Bundesregierung sind nicht beliebt - aber ohne Sie würden die Probleme unseres Landes noch größer, die Unzufriedenheit und die Sorge noch stärker und die Perspektiven noch dunkler. Deutschland muss wettbewerbsfähiger gegenüber anderen Ländern werden. Dazu müssen wir Impulse für Wirtschaftswachstum schaffen, und die sozialen Sicherungssysteme an eine veränderte Demographie und Arbeitsmarktrealität anpassen. Der Verzicht auf Reformen würde bedeuten, dass die Beiträge von Arbeitsnehmern und Arbeitgebern in der Kranken-, Pflege- und Rentenkasse immer weiter ansteigen. Den Menschen bliebe dann immer weniger Netto vom Brutto. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir genau diese Zusammenhänge noch nicht überzeugend erklärt haben.

Reformen sind kein Selbstzweck. Sie sorgen dafür, dass unser Land funktioniert, Leistung sich wieder lohnt und alle Sicherheit und Chancen haben.

Herzliche Grüße aus Berlin!



Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW
Foto: Tobias Koch

Die Zukunftsfrage für unser Land? Der Bildungserfolg unserer Kinder!



Zum Kabinettsbeschluss des Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetzes erklärt die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anne König:

„Der heutige Kabinettsbeschluss zum Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz ist eine wichtige Weichenstellung für mehr Bildungsgerechtigkeit und bessere Zukunftschancen unserer Kinder.

Unser Bildungssystem steht seit Jahren unter Druck. Die schwachen PISA-Ergebnisse und die Tatsache, dass inzwischen jedes vierte Kind die Grundschule verlässt, ohne ausreichend lesen zu können, sprechen eine deutliche Sprache. Viele dieser Defizite entstehen bereits in den ersten Lebensjahren und können später nur noch schwer aufgeholt werden. Gerade die Sprache ist der Schlüssel zu erfolgreicher Bildung und zu Teilhabe.

Mit dem Gesetz sorgen wir dafür, dass Sprach- und Entwicklungsstände künftig frühzeitig erfasst und Kinder mit Förderbedarf gezielt unterstützt werden. Mit der Stärkung der sprachlichen Bildung und zusätzlichen Unterstützungsangeboten für Kitas in herausfordernden Lagen setzen wir genau dort an, wo Bildungsungleichheit entsteht. So werden Förderbedarfe früh aufgefangen und nicht erst in der Grundschule sichtbar.

Angesichts des Fachkräftemangels und der Herausforderungen für unseren Wirtschaftsstandort ist der Bildungserfolg unserer Kinder zugleich eine Zukunftsfrage für unser Land.“

Foto: Tobias Koch

Impressum:

Ausgabe Nr. 14/2026,
11. September 2026

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ Vi.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Die digitale Briefftasche kommt

Die Bundesregierung hat das Digitale Identitätengesetz auf Vorschlag von Digitalminister Carsten Wildberger beschlossen. Die European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet) kann damit kommen. Das wird künftig die digitale Briefftasche auf dem Smartphone sein. Sie spart Zeit, Kosten und erleichtert den Alltag. Die App basiert auf gemeinsamen technischen Standards aller EU-Mitgliedstaaten. Damit ist sie perspektivisch auch europaweit einsetzbar.

Personalausweis, Führerschein, Geburtsurkunde, elektronische Unterschriften und andere Nachweise sind mit der digitalen Briefftasche auf dem Smartphone dann immer dabei. Wer bislang ein Bankkonto eröffnet, einen Vertrag unterschreibt oder einen Antrag stellt, muss immer wieder dieselben Nachweise vorlegen. Mit der Wallet können die Nachweise mit einem Klick schnell und sicher vorgelegt werden – passgenau zum jeweiligen Vorgang.

Wir setzen uns dafür ein, dass die digitale Briefftasche auch für Menschen mit Beeinträchtigungen oder ohne digitale Kompetenzen nutzbar ist. Wer Unterstützung braucht, soll diese auch bekommen können.

Mit der digitalen Briefftasche steht zum ersten Mal ein elektronisches Identifizierungsmittel für das Sicherheitsniveau „hoch“ auf mobilen Endgeräten zur Verfügung. Die digitale Briefftasche funktioniert als App, in die Dokumente hochgeladen werden. Diese werden dort nicht nur gespeichert, sondern fälschungssicher gemacht. Damit schaffen wir eine rechtssichere Anwendung.

Digitale Nachweise machen viele Verwaltungsangelegenheiten einfacher und schneller. Bürgerinnen und Bürger müssen Dokumente künftig seltener zusammensuchen, kopieren, vorlegen oder persönlich vor Ort erscheinen. Nach den vorliegenden Berechnungen kann somit jährlich der Zeitaufwand für Bürgerinnen und Bürger bei Verwaltungsangelegenheiten um rund 3,9 Millionen Stunden reduziert werden. Auch die Behörden profitieren: Mittelfristig ist eine Entlastung rund 120 Millionen Euro pro Jahr möglich. So bleibt mehr Zeit für die Anliegen der Menschen. Behörden können ihre Leistungen effizienter, schneller und bürgerfreundlicher erbringen.

Mit der Wallet werden sichere und unkomplizierte Transaktionen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, öffentlichen Verwaltungen und Unternehmen grenzüberschreitend in der gesamten Europäischen Union rechtssicher und digital möglich. Digitalisierung muss den Alltag einfacher machen. Genau das macht die EUDI-Wallet. Man hat die wichtigsten Dokumente digital und sicher immer dabei und kann sie in ganz Europa einsetzen.

Langfristig wird mit d-you, der digitalen Briefftasche noch mehr möglich sein. Das Ministerium für Digitales betont, dass die Entwicklung schrittweise erfolgt. Langfristig sind auch digitales Signieren, pseudonyme Anmeldungen und Zahlungsfreigaben geplant.